

## **"Mehr Eigenverantwortung und Wettbewerb für unsere Schulen"**

### **Gewerbesteuersenkungsprogramm fortsetzen**

**Statement von IHK-Präsident Dr. Richard Weber anlässlich IHK Forum 2002**

Unser Forum steht in diesem Jahr unter dem Motto "Deutschland nach der Wahl – Was die Wirtschaft von der Bundesregierung erwartet". Wir hätten auch formulieren können: "Was ist zu tun, damit die Bundesrepublik im internationalen Standortwettbewerb nicht noch *weiter* zurückfällt?" Denn nicht ohne Grund hat die IHK-Organisation das Jahr 2002 zum "Jahr der Standortpolitik" erklärt und dazu zahlreiche Initiativen ergriffen. Ob man nun die Sachverständigen-Gutachten liest oder die OECD-Berichte studiert – alle Experten sind sich einig: Bei den meisten Indikatoren rangiert Deutschland auf der Rangskala der Industrieländer auf den hinteren Plätzen. Hier ist Gefahr im Verzuge!

Natürlich gehörte das Thema Standortpolitik *immer* schon – und nicht nur in diesem Jahr – zu den Schwerpunkten der IHK-Arbeit. Gerade die IHK Saarland hat sich stets auch als "politische" IHK verstanden und zu allen Fragen, die Unternehmen bewegen, klar Stellung bezogen. Im Saarland haben wir ja inzwischen bereits eine ganze Menge erreicht. Oft durch stilles Verhandeln und mühsame Überzeugungsarbeit – wenn nötig aber auch durch offene und klare Worte in der Öffentlichkeit. Dabei hat uns das gute Einvernehmen und die enge Kooperation mit den anderen Wirtschaftsorganisationen ebenso geholfen, wie die Nähe zu den Entscheidungsträgern in Land, Kreisen und Kommunen. Dafür auch von dieser Stelle nochmals ein herzliches Dankeschön!

### **„Patient Bundesrepublik“**

Lassen Sie mich – bevor wir zum "Patienten Bundesrepublik" kommen – noch einige Anmerkungen zu dem machen, was wir hier im *Saarland tun* können – und müssen.

Es besteht kein Zweifel, unser Land hat in den letzten Jahren an Attraktivität *gewonnen*. Dies wurde erst jüngst in einer von der Unternehmensberatung Ernst & Young veröffentlichten Studie zur Standortattraktivität der Bundesländer bestätigt. In dieser Umfrage belegt das Saarland hinter Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hamburg den fünften Platz. Diese *von Unternehmen* abgegebene Bewertung zeigt, dass die Wirtschafts- und Standortpolitik der Landesregierung so falsch nicht sein kann.

Aus Sicht der IHK besteht aber noch auf mehreren Gebieten Handlungsbedarf. Ganz oben auf der standortpolitischen Agenda stehen aus unserer Sicht folgende Themen:

Erstens: Wir brauchen eine Neuordnung der saarländischen **Entsorgungslandschaft**. Wir brauchen mehr Markt und Wettbewerb und eine weitgehende Privatisierung der Aufgabenerfüllung. Dafür werden wir uns weiterhin mit Nachdruck engagieren.

#### **Gewerbesteuer weiter senken**

Zweitens: Auf Initiative der IHK hat die Landesregierung Anfang 2001 ein Programm aufgelegt, um die überdurchschnittlichen **Gewerbesteuerhebesätze** im Saarland abzusenken. Fast alle Kommunen haben dieses Programm angenommen und in einer ersten Stufe ihre Hebesätze um 22 Prozentpunkte verringert. Das hat den Standortnachteil für unsere Unternehmen um 12 Millionen Euro jährlich vermindert. Der Opposition war dieses Programm von Anfang an ein Dorn im Auge. Neuerdings kommen aber auch aus den Kommunen vermehrt kritische Stimmen. Konkret ist also zu befürchten, dass der für das nächste Jahr vorgesehene *zweite* Schritt ausgesetzt wird. Wir appellieren deshalb an die Landesregierung: Halten Sie Kurs! Unser Land braucht einen *Steuerbonus* und keinen *Steuermalus* – gerade in der jetzigen Konjunkturlage. Die überdurchschnittliche Besteuerung höhlt die ohnehin schmale Eigenkapitalbasis der Unternehmen noch weiter aus.

Drittens: Mit Sorge betrachtet die Wirtschaft die Kostenentwicklung im **Gesundheitswesen**. Noch vor einem Jahr lag der durchschnittliche Beitragssatz der

gesetzlichen Krankenkassen bei 13,6 Prozent. Zum Jahreswechsel droht er die Schallmauer von 15 Prozent zu durchbrechen. Das hat viele Gründe, auf die ich im Einzelnen nicht eingehen kann. Deshalb nur so viel: Ein Grund ist die im internationalen Vergleich viel zu hohe Bettendichte in deutschen Krankenhäusern, die nur noch von der Bettendichte im Saarland übertroffen wird. Die Landesregierung hat dieses Problem erkannt. Die eingeleiteten Maßnahmen zum Bettenabbau reichen nach Ansicht von Experten der Krankenkassen aber nicht aus. Die Landesregierung sollte deshalb noch einmal überprüfen, ob die Bettendichte nicht schneller als geplant an das Bundesniveau angeglichen werden kann.

### **Keine kommunale Konkurrenz für private Unternehmen**

Viertens: Der vierte Punkt betrifft die **wirtschaftliche Betätigung der Kommunen**. Deren nicht immer faire Konkurrenz ist vielen kleinen und mittleren Unternehmen ein dauerhaftes Ärgernis. Fast hätten wir es geschafft, im Saarland das fortschrittlichste kommunale Selbstverwaltungsgesetz zu bekommen. (In diesem Gesetz wird die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen geregelt). Eines, das die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen wirksam begrenzt hätte.

- Die saarländischen Wirtschaftskammern hatten einen gemeinsamen Entwurf vorgelegt.
- Der Wirtschaftsminister hatte sich dahinter gestellt.
- Mit der Innenministerin gab es in wichtigen Punkten schon fast Konsens.

Und dann geht der Saarländische Städte- und Gemeindetag wieder in Opposition. Schade! Wir hoffen, dass die Landesregierung in dieser Frage dennoch standhaft bleibt. Wir waren am Ende wirklich nicht mehr weit auseinander.

Oder führt unsere Konsensgesellschaft am Ende zur *totalen* Lähmung? Kürzlich habe ich zum Thema Veränderung einen schönen Satz gelesen, den ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. „Alle sagten: Das geht nicht. Dann kam Einer, der wusste das nicht – und hat's gemacht.“ Der Satz hat was, kann ich dazu nur sagen.

## **„Sorgenkind“ Bildung**

Fünftens: Grundlegende Veränderungen sind auch in der **Bildungspolitik** dringend notwendig. Wie dringend hier Veränderungen sind, das zeigt der vor zwei Wochen veröffentlichte jährliche Bildungsbericht der OECD. Er bescheinigt – nach TIMSS und PISA - dem deutschen Bildungssystem ein weiteres Mal erhebliche Defizite: Note "mangelhaft", und zwar von den Vorschulen bis zu den Universitäten. Im Einzelnen moniert der Bericht:

- schlechtes Schulklima
- unzureichende Betreuung der Schüler durch die Lehrer
- zu wenig Unterrichtsstunden vor allem im Grundschulbereich
- zu große Klassen
- zu wenig Abiturienten und Hochschulabsolventen
- zu lange Studienzeiten und
- unterdurchschnittliche Bildungsausgaben vor allem im Grundschulbereich.

Das sind nur einige der Schwachstellen im deutschen Bildungssystem. Der Befund ist eindeutig: Deutschland ist ein Sitzenbleiber. Wir kommen international nicht mehr mit. Wenn wir nicht bald gegensteuern, droht uns trotz des gut funktionierenden System der dualen Berufsausbildung ein gravierender Fachkräftemangel.

## **Mehr Eigenverantwortung und Wettbewerb für unsere Schulen**

Bildungspolitik ist *Ländersache*. Und es ist ja schon einiges passiert im Saarland. Wir brauchen aber noch weitergehende Reformen. Reformen, die mehr Wettbewerb zwischen den Schulen erlauben und die ihnen mehr Autonomie geben. Im Kern geht es darum, den Schulen die Freiheit zu geben, sich wie mittelständische Dienstleistungsunternehmen verhalten zu können. Solche Reformen wären nicht nur gut für unsere Kinder und unser Schulsystem. Sie führten auch zu einem beträchtlichen Imagegewinn für unser Land. Wir ermuntern deshalb die Landesregierung in der Bildungspolitik weiter die Vorreiterrolle zu spielen. Ganz konkret werden wir demnächst mit dem saarländischen Bildungsminister Gespräche führen, wie man unsere Berufsschulen zu Vorreitern in Sachen Autonomie und Selbstständigkeit machen kann.

Damit komme ich wieder zur Bundespolitik. Jedermann weiß – auch die Regierenden in Berlin – dass wir weniger Staat und niedrigere Abgaben brauchten, um der lahmen Konjunktur auf die Beine zu helfen. Und dennoch liest sich der Koalitionsvertrag für die kommende Legislaturperiode über weite Strecken wie ein Manifest für mehr Staat und weniger Markt.

Sehr geehrter Herr Braun, Sie haben die Koalitionsvereinbarung seziert und analysiert. Als Leiter eines Unternehmens für Medizintechnik werden Sie uns sicherlich nicht nur eine exakte Diagnose geben können, sondern auch konkrete Vorschläge zur Therapie.